

AStA Uni Bonn · Nassestraße 11 · 53113 Bonn

An den Oberbürgermeister der Stadt Bonn
Jürgen Nimptsch,
die Mitglieder der im Stadtrat vertretenen
Fraktionen

Ihr Schreiben vom:
Ihr Zeichen:
Unser Zeichen:

Web: **www.asta-bonn.de**
Mail: **asta@uni-bonn.de**
Fax: **0228 / 26 22 10**

Durchwahl: **0228 / 70 37**
Sekretariat: **0228 / 73 - 70 30** (10-14 Uhr)
Geschäftszimmer: **0228 / 73 - 70 36** (10-17 Uhr)



05.07.10

Referat: : **Vorsitz des AStA Bonn**
Zuständig: **Referat für Hochschulpolitik**
Mail: **vorsitz@asta.uni-bonn.de**

Zweitwohnsitzsteuer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,
liebe Mitglieder der Stadtratsfraktionen,

Mit Unmut haben wir die Pläne der Stadt Bonn zur Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer zur Kenntnis genommen. Diese wird, neben ArbeitnehmerInnen, in besonderem Maße die Studierenden an der Universität Bonn, der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und der Alanus Hochschule treffen. Viele Studierende haben schon jetzt mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen und müssen ihren Lebensunterhalt durch Nebentätigkeiten und/oder Kredite finanzieren. Durch die Erhebung von Studiengebühren und die stetig steigenden Mietpreise im Bonner Raum, sind die Fixkosten für Studierende in den letzten Jahren immens gestiegen. Für sie wären weitere Ausgaben, in Höhe von 300 € zusätzlich im Jahr, eine weitere untragbare finanzielle Belastung. Die Stadt Bonn darf ihren Haushalt nicht auf Kosten von denjenigen sanieren, die finanziell ohnehin weniger gut gestellt sind.

Darüber hinaus haben viele Studierende ihren Lebensmittelpunkt während ihres Studiums an ihrem Heimatort und nutzen dort die kommunalen Angebote. Für sie besteht daher ein berechtigtes Anliegen, in Bonn lediglich mit dem Zweitwohnsitz gemeldet zu sein. Auch können auf den Studierenden, der aufgrund der etwaigen Erhebung der Steuer angehalten ist, seinen Erstwohnsitz nach Bonn zu verlegen, erhebliche Mehrkosten im Versicherungsbereich zukommen. Für viele Studierende ist aber weder die Zweitwohnsitzsteuer, noch eine Ummeldung finanzierbar.

In der Debatte wird oft angeführt, Studierende würden die kommunalen Einrichtungen nutzen, ohne sich an deren Finanzierung zu beteiligen. Allerdings leisten die Studierenden nicht nur kulturell, sondern auch finanziell einen gewichtigen Beitrag für die Stadt Bonn. Die Studierenden geben einen großen Teil ihres Geldes vor Ort aus. Davon profitieren die Stadt Bonn, die Bonner Wirtschaft und Vermieter.

Darüber hinaus ist die Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer gegenüber anderen Kommunen in hohem Maße unsolidarisch und in keinster Weise weitsichtig. Besonders ländliche Kommunen müssten durch die Besteuerung mit einem drastischen Rückgang ihrer Einnahmen rechnen.

Der Stadt Bonn sollte daran gelegen sein, ein attraktiver Standort für Studierende zu sein, besonders angesichts der seit Jahren rückläufigen Studierendenzahlen an der Universität Bonn. Aus diesen Gründen sprechen wir uns energisch gegen die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer aus und bitten Sie eindringlich unserem Beispiel zu folgen.

Mit freundlichen Grüßen,

Magdalena Möhlenkamp (AStA-Vorsitz),

Josha Nitzsche (stellvertretender AStA-Vorsitz) und

Alexander Krüger (Referent für Hochschulpolitik).